



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu „Deutsch-Dänische Grenzregion: Impulse für einen erfolgreichen gemeinsamen Ansiedlungs- und Wirtschaftsraum“ (Drucksache 20/4207)

Zusammenarbeit mit Dänemark im Sinne der Dänemarkstrategie weiterentwickeln, landesweit stärken und dabei Wirtschafts- sowie Ansiedlungskooperationen mitdenken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Dänemark ist einer der wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Partner Schleswig-Holsteins. Die Landesregierung hat mit der im Jahr 2024 verabschiedeten Dänemarkstrategie einen umfassenden Rahmen geschaffen, um die Zusammenarbeit in zentralen Zukunftsfeldern wie Wirtschaft, Bildung und Forschung, Mobilität, Energie, Digitalisierung sowie Kultur weiter zu vertiefen. Landesweit werden Programme und Initiativen für die engere Zusammenarbeit mit Dänemark genutzt.

Die deutsch-dänische Kooperation betrifft nicht nur die unmittelbare Grenzregion, sondern hat Bedeutung für das gesamte Land Schleswig-Holstein. Die Landesregierung verfolgt daher das Ziel, Chancen der Zusammenarbeit – etwa im Zuge des Baus der Festen Fehmarnbeltquerung, der wirtschaftlichen Vernetzung oder der wissenschaftlichen Kooperation – landesweit nutzbar zu machen.

Die bestehenden Strukturen der deutsch-dänischen Zusammenarbeit – etwa die Kooperationen der Region Sønderjylland-Schleswig, die Förderung der

grenzüberschreitenden Mobilität und der allgemeinen und beruflichen Bildung, die vielfältigen Netzwerke zwischen Kommunen, Hochschulen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie die Programme der europäischen territorialen Zusammenarbeit – haben sich über viele Jahre als tragfähig und funktional erwiesen. Hierzu gehört auch die Einrichtung des Dänemark-Koordinators bei der WTSH als Lotsenfunktion für Ansiedlungen und grenzüberschreitende Wirtschaftskontakte in enger Abstimmung mit der Ansiedlungsstrategie des Landes und den Wirtschaftsklustern.

Um die gute Zusammenarbeit weiter zu stärken und auszubauen bittet der Landtag die Landesregierung:

1. Die Umsetzung der Dänemarkstrategie konsequent fortzuführen und dabei die Zusammenarbeit mit Dänemark in zentralen Zukunftsfeldern und auch im Bereich der Verkehrsinfrastruktur weiter zu stärken;
2. die bestehenden Kooperationsstrukturen und Netzwerke der deutsch-dänischen Zusammenarbeit weiterhin aktiv zu unterstützen und ihre Wirkung für das gesamte Land Schleswig-Holstein nutzbar zu machen;
3. insbesondere die erfolgreiche Arbeit des Cross-Border-Panels als Instrument für grenzüberschreitenden Bürokratieabbau weiter zu nutzen und die enge Zusammenarbeit mit dem Regionskontor & Infocenter in Padborg, dem Außenministerium in Kopenhagen und dem Auswärtigen Amt in Berlin weiter kontinuierlich aktiv zu unterstützen;
4. weiterhin über Fördermöglichkeiten im Rahmen europäischer Programme wie Interreg zu informieren und Akteurinnen und Akteure aus Schleswig-Holstein bei der Entwicklung grenzüberschreitender Projekte zu beraten;
5. die Chancen der deutsch-dänischen Zusammenarbeit für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Kultur und Arbeitsmarkt auch außerhalb der unmittelbaren Grenzregion sichtbar zu machen und zu nutzen und dabei Dänemark als wichtigen Wirtschafts- und Handelspartner in der Erstellung der Wirtschaftsstrategie und der Aktualisierung der Ansiedlungsstrategie im Blick zu haben;
6. GRW-Mittel auch weiterhin in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Projektträgern vor Ort zu vergeben und dabei wie bisher auch alle vom GRW-Rahmen ermöglichten Landesteile zu berücksichtigen;
7. die von der Landesregierung ins Leben gerufene Position des Dänemark-Koordinators perspektivisch weiter zu stärken, um den Grundgedanken eines „One-Stop-Shop“ weiterzuverfolgen und die kapazitären Möglichkeiten der Ansprechstelle zu verbessern;
8. den Markt dänischer Touristinnen und Touristen weiter durch die TASH zu bespielen und auf das attraktive Reiseziel Schleswig-Holstein aufmerksam machen. Dabei soll besonders in den Blick genommen werden, die nach der Coronapandemie gesunkenen Gästezahlen wieder auf das Vorpandemieniveau und darüber hinaus zu heben;

Grenzpendlerinnen und Grenzpendler auch weiterhin mit einer Förderung der Grenzpendlerberatung zu unterstützen und den begonnen Runden Tisch zu SPNV-Themen (Tarifkooperationen, Fahrplanabstimmungen, etc.) weiterzuführen.

Andreas Hein
und Fraktion

Sebastian Bonau
und Fraktion